

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 21 (1980)  
**Heft:** 22

**Artikel:** Polen auf der langen Bank  
**Autor:** Sager, Peter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093949>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Polen auf der langen Bank

In der polnischen Frage sind nach dem Blitzbesuch vom 31. Oktober in Moskau die Stellungen bezogen. Die sowjetische Führung dringt auf eine Verschiebung der Krise, die polnische Regierung sucht den schwierigen Kompromiss zwischen «Moskau und Danzig», und die Arbeiter kämpfen für die Einhaltung der Versprechen.

Die kurzfristig anbefohlene «Arbeitssitzung» stand unter einem schlechten Vorzeichen. Viele Beobachter fürchteten das Ultimatum. Sicher haben Breschnew, Tichonow und Gromyko gegenüber Ministerpräsident Pinkowski und Parteisekretär Kania offen und hart gesprochen. Aber das offizielle Communiqué ist sehr verständlich. Und vermutlich hat die Sowjetunion eine weitere, umfangreiche Wirtschaftshilfe in Aussicht gestellt.

## Breschnew lässt sich Zeit

Dafür sind Satellitenführer beauftragt worden, mit Drohgesten zu warnen. Honecker hat die Igelstellung für die DDR bezogen. Husak folgt für die CSSR nach. Dort haben Bilak und Gewerkschaftsführer Hoffmann die Möglichkeit einer Intervention in Aussicht gestellt. Derweil Ungarn bisher Zurückhaltung geübt hat, ist die Zeitung der ungarischen Minderheit in der CSSR auch schon zum Angriff gegen die polnischen Arbeiter übergegangen («Uj szo», Bratislava, 22. 10. 1980). Budapest dürfte demnächst nachfolgen.

Aber Moskau hält sich zurück. Das ist sehr geschickt. Einerseits will es später, wenn militärisch doch noch interveniert werden muss, auf seine Geduld und sein Wohlwollen hinweisen können. Andererseits ist die Intervention gegenwärtig zweifellos nicht opportun. Afghanistan ist kaum vergessen und der polnische Widerstand noch zu gefährlich; eine Verschiebung drängt sich daher auf.

## Kania braucht Zeit

Die neue polnische Staats- und Parteiführung hält sich ebenfalls noch alle Wege offen. Vorläufig wurde die Registrierung der freien Gewerkschaft «Solidarität» von der statutarischen Anerkennung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei abhängig gemacht. Das sichert einen Zeitgewinn und erlaubt, Kraft und Willen der Arbeiter auszuloten. Zuvor hat das VI. Plenum des Zentralkomitees am 5. Oktober die «vollständige und ehrliche Einhaltung» des Danziger Kompromisses proklamiert; das Versprechen wurde vor der Abreise Pinkowskis und Kantias nach Moskau erneuert. Das stimmt die Polen etwas zuversichtlicher.

## Walesa wird von der Zeit gedrängt

Der Schlüssel aber liegt bei der «Solidarität», letztlich bei Lech Walesa. Werden die Arbeiter dem sanft, aber wirkungsvoll steigenden Druck widerstehen können? Werden sie die Fallen einer Provokation vermeiden können? Sie haben hinter sich die grosse Mehrheit nicht nur der Arbeiter, sondern des ganzen Volkes. Schon drängen die Bauern auf die Gründung einer unabhängigen Organisation, verlangt der Kongress der polnischen Journalisten eine Diskussion der Zensur, womit sich die Akademie der Wissen-

schaft ebenfalls befasst, und postulieren Lehrer und Dozenten mehr Selbständigkeit auch in beruflichen Belangen. Allerdings: der einzige Hebel, den die Arbeiter gegenwärtig ansetzen können, ist die Streikdrohung. Je prekärer Energie- und Versorgungslage werden, desto problematischer wird die Streikdrohung.

Daher das wichtigste Ziel der Arbeiter: die Organisation wirklich unabhängiger Gewerkschaften. Umgekehrt ist es eben dieses Anliegen, das Moskau auf die Dauer nicht dulden kann. Denn der so entstehende Machtpluralismus würde das Fundament der sowjetischen Herrschaft erschüttern.

So geschickt die polnische Führung taktiert: sie befindet sich vor unlösbaren Schwierigkeiten. Der Ausweg, der sich abzuzeichnen beginnt, liegt im Zeitgewinn. Dank auch zusätzlicher Sowjethilfe könnten die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter fürs erste befriedigt werden. Als nächstes wird wohl auf die statutarische Anerkennung der führenden Rolle der Partei verzichtet werden; die Regierung könnte sich zunächst mit einem Zusatzprotokoll entsprechenden Inhaltes zufrieden geben. Am 10. November wird diese Entscheidung fallen. So könnte der

Streik vom 12. November vermieden werden. Damit wäre die Krise vorläufig hinausgeschoben. Nicht jedoch aufgehoben.

Im Frühjahr wird sie voraussichtlich erneut aufbrechen. Vom Januar an wird das Volk frieren, vom Februar an hungern. Entweder bricht dann der Widerstand des Volkes zusammen, oder er entfacht sich neu. Diesfalls wird sich die Sowjetunion zur Invasion gezwungen sehen; Vorbereitungen dazu werden für den Notfall sicher schon getroffen.

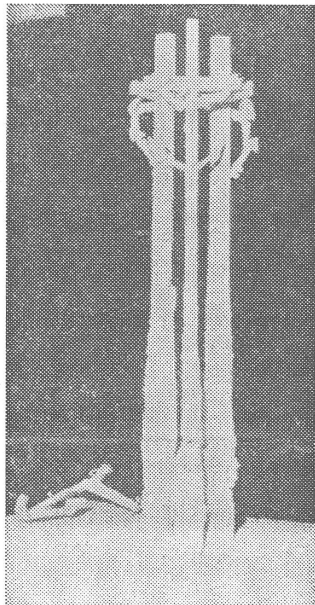
Leicht wird die militärische Intervention nicht sein; die Polen werden kämpfen. Sie erinnern sich an den Herbst 1956, als sowjetische Truppen bereits von ihren Stützpunkten in Niederschlesien und Ostpreussen her auf Warschau zumarschierten. Damals stand die polnische Armeeführung geschlossen hinter der Pulawska-Gruppe. Der sowjetische Marschall Rokossowski, der die polnische Armee befehligte, musste flüchten. Die polnischen Streitkräfte hatten Warschau schützend umringt. Ihre Kommandanten stellten der Roten Armee ein Ultimatum: «Noch einen Kilometer weiter, und wir schießen.» Das zwang Chruschtschew und Molotow zum Kompromiss. Denn es gärte und brodelte auch in Ungarn, und die Sowjetunion besass noch kein militärisches Übergewicht.

## Die ganze Krise kommt noch

Das hat sich gründlich geändert. Symptom dafür ist unter anderem die Tatsache, dass sich die polnische Armeeführung bislang völlig neutral verhalten hat. Aber im Falle einer Sowjetinvasion werden die Polen trotzdem kämpfen, und das kommt der Sowjetunion ungelegen. Sie wird daher alles versuchen, die polnischen Arbeiter mit weniger sichtbaren Mitteln in die Knie zu zwingen. Nur wenn ihr das gelingt, kann die Invasion vermieden werden. Aber auch das würde bloss ein weiteres Hinausschieben der Krise bedeuten. Diese kommt, so oder so, auf den ganzen Westen zu.

Die Krise kommt auf einen Westen zu, der immer noch die Augen verschliesst und dem Luxus frönt. Dem Luxus der politischen Polarisation, die an die Stelle der Diskussion getreten ist. Dem Luxus unverständlicher Energieverschwendung, wie er beispielsweise in Automobilrennen sich äussert. Dem Luxus, sich weiterhin einem eindimensionalen Wohlstandsdenkmal hinzugeben. Dem Luxus, der Stärkung der militärischen Verteidigungskraft keine genügende Aufmerksamkeit zu schenken.

Peter Sager



Der Entwurf zum Denkmal für die Arbeiter, die bei den Unruhen von 1970 gefallen sind. Die Errichtung eines solchen Mahnmals hatte zu den Forderungen der Streikenden gehört, denen die Regierungsdelegation am 31. August in den Vereinbarungen von Stettin mit ihren 28 Punkten zugestimmt hatte. Bild: «Express Wieczorny» (Warschau, 13. 10. 1980).



Lech Walesa.